

Peter Zellmann / Sonja Mayrhofer
IFT Institut für Freizeit- und Tourismusforschung

Zusammenfassung:

Die in diesem Forschungstelegramm behandelten Umfrageergebnisse und die niedrige Wahlbeteiligung zeigen, dass die Politik an der Zeitenwende in manchen Bereichen und einem nicht unwesentlichen Ausmaß am Leben der Menschen, an ihren eigentlichen Bedürfnissen vorbeigiert. Auch das institutionalisierte Engagement der Menschen in politiknahen Bereichen wie Bürgerinitiativen, Vereinen und der Kirche befindet sich im Sinken. Im Gegenzug wenden sich die Menschen mehr der eigenen, von ihnen selbst beeinfluss- und gestaltbaren Lebenswelt zu.

**Studie zum Nichtwählerverhalten
Ein provokanter Lösungsvorschlag****Politik, Freizeit oder Familie:
Was die Menschen wirklich beschäftigt**

- Die **NichtwählerInnen** wären sowohl in Wien als auch im Nationalrat mittlerweile **die stimmenstärkste „Partei“**.
- Ein **Vorschlag für deren Einbindung** in die repräsentative Demokratie: Nichtwählerstimmen werden **nicht oder „anders“ besetzt** (Seite 4).
- Das **Vertrauen in Politik und PolitikerInnen** ist **sehr gering**.
- **Nur wenige Menschen** sehen einen **positiven Einfluss der Politik** auf ihr Leben.
- Auch das **ehrenamtliche Engagement** für Bürgerinitiativen, Parteien, Vereine und Kirche **sinkt**: Ein Vorschlag für deren Aufwertung
- **Gesundheit und Familie bzw. Partnerschaft** sind die Lebensbereiche, die den ÖsterreicherInnen wirklich wichtig sind.

Die Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl ist geschlagen. Was bleibt, ist der Eindruck, dass für viele WienerInnen die Wahl keinen besonders großen Stellenwert hat. Das zeigt schon die traditionell niedrige Wahlbeteiligung. In Wien wären die NichtwählerInnen seit der Wahl von 1987 die stimmenstärkste „Partei“. Auch österreichweit würden die NichtwählerInnen seit der Nationalratswahl 2008 erstmals die größte „WählerInnen“gruppe stellen.

Wir möchten uns in diesem Forschungstelegramm mit folgenden Fragen beschäftigen:

- Wie stellt sich der Anteil der NichtwählerInnen im Jahresvergleich dar?
- Was sind mögliche Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung?
- Wenn nicht Politik, Wahlen und demokratische Rechte, was interessiert die ÖsterreicherInnen wirklich?

Um diesen Fragen nachzugehen, haben wir Daten von verschiedenen Erhebungen und Quellen zusammengestellt.

1. Die NichtwählerInnen als stimmenstärkste „Partei“

1.1 Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien 2010

Bei den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen 2010 wären auch heuer wieder die NichtwählerInnen (inkl. ungültig Wählende) die hypothetischen „WahlsiegerInnen“.

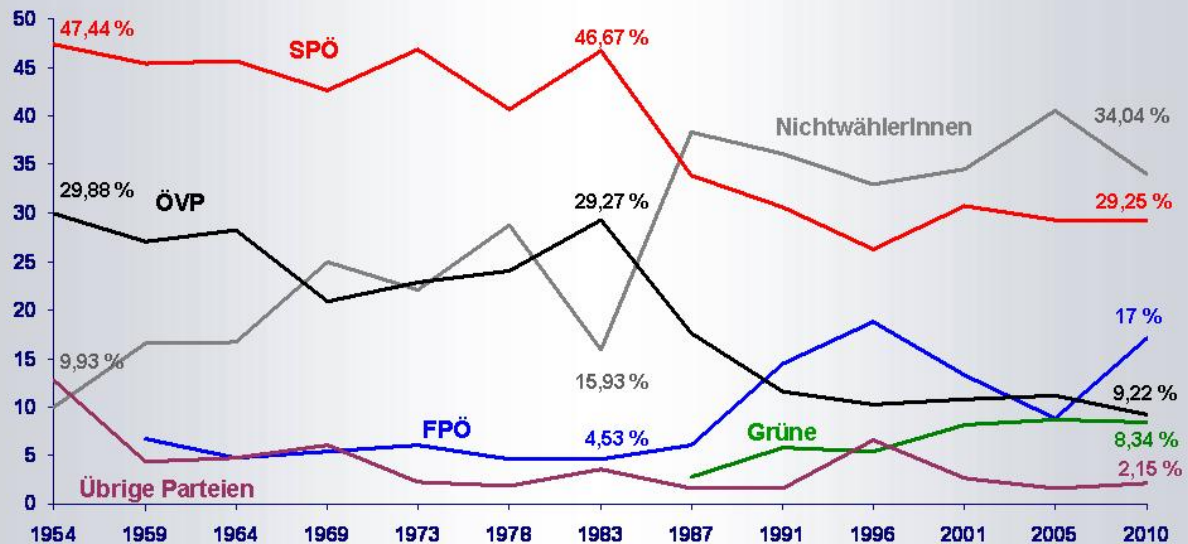
- Demnach haben **34,04 %** der wahlberechtigten WienerInnen **nicht oder ungültig** gewählt. Die NichtwählerInnen stellen damit die größte Gruppe unter den Wahlberechtigten.
- Die **SPÖ** würde unter Einbeziehung der NichtwählerInnen auf **29,25 %** kommen (Ergebnis ohne Einbeziehung der NichtwählerInnen 44,34 %).
- Die **FPÖ** würde **17 %** der Wahlberechtigten hinter sich haben (Ergebnis ohne Einbeziehung der NichtwählerInnen 25,77 %).
- Die **ÖVP** hätte **9,22 %** erreicht (Ergebnis ohne Einbeziehung der NichtwählerInnen 13,99 %).
- Die **Grünen** kämen über **8,34 %** nicht hinaus (Ergebnis ohne Einbeziehung der NichtwählerInnen 12,64 %).

Der Jahresvergleich zeigt, dass bei den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen schon **seit 1987 die NichtwählerInnen die stimmenstärkste „Partei“** ausmachen würden.

Mit Ausnahme von 1983 (Anmerkung: die Wiener Wahlen fanden 1983 am gleichen Tag statt wie die österreichischen Nationalratswahlen, die eine deutlich höhere Wahlbeteiligung – auch in Wien – aufweisen) hat seit 1954 der Anteil der NichtwählerInnen deutlich zugenommen.

Im Vergleich zur Wahl von 2005 sind **heuer wieder mehr WienerInnen zur Wahl gegangen** (Gültige Stimmen: 2005 59,50 % / 2010 65,96 %, + 6,46 Prozentpunkte). Zurückzuführen ist das wahrscheinlich auf das im heurigen Wahlkampf in den Vordergrund gerückte Thema der Integration. Dieses Thema konnte die Menschen erreichen, da es alle Bevölkerungsgruppen in irgendeiner Form betrifft – egal ob in Schulen, in der Wohnumgebung, bei Diskussionen über Sozialleistungen: der Themenbereich Migration/Integration ist für die WienerInnen in ihrem eigenen Lebensbereich präsent.

Wahlergebnis unter Einbeziehung der NichtwählerInnen (inkl. ungültige Stimmen):



Quelle: www.wien.gv.at

Prof. Peter Zellmann

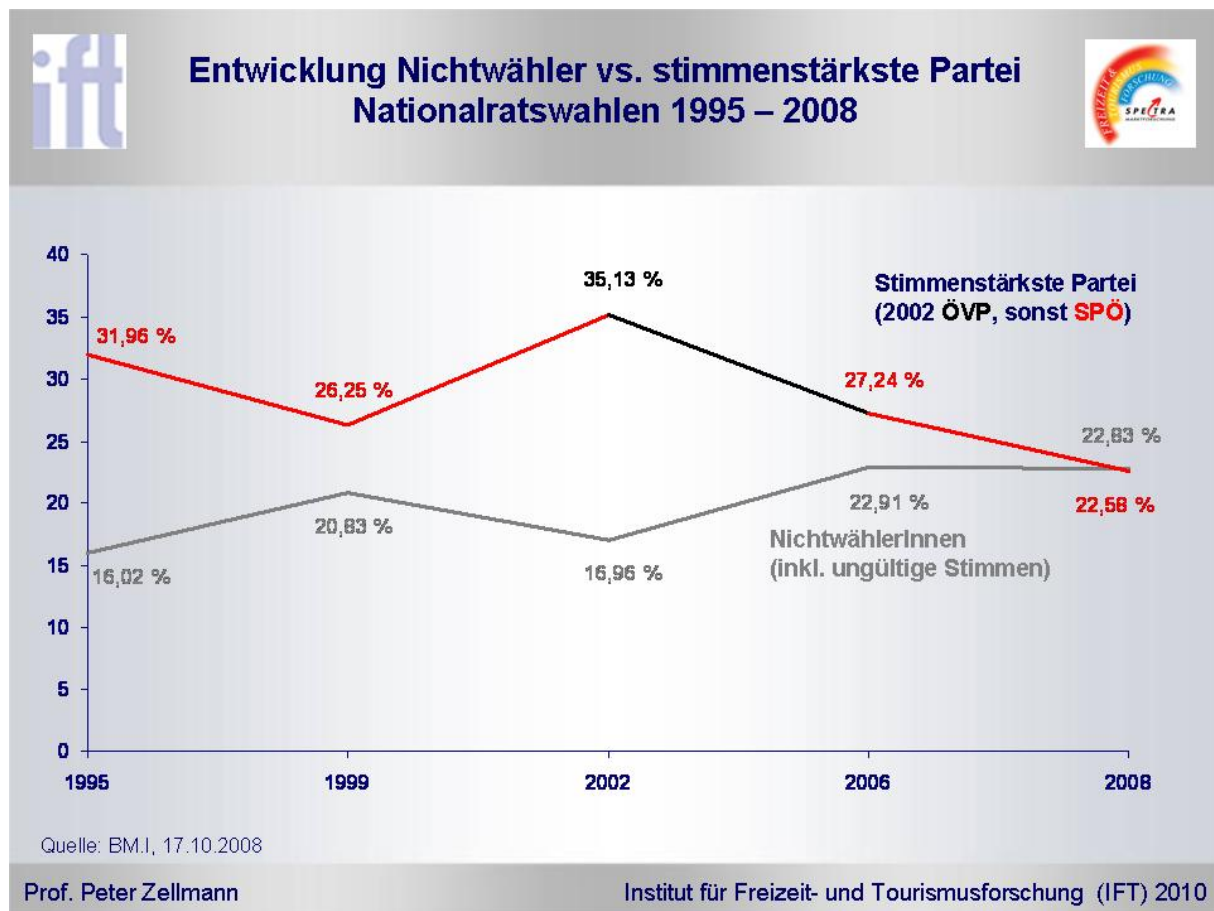
Institut für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT) 2010

1.2 Nationalratswahlen 2008

Auch bei den Nationalratswahlen 2008 würden die NichtwählerInnen (inkl. ungültig Wählende) – wenn auch mit sehr geringem Vorsprung – die stimmenstärkste „Partei“ stellen:

- **22,83 %** der wahlberechtigten ÖsterreicherInnen waren 2008 entweder überhaupt **nicht wählen** oder haben **ungültig** gewählt.
- Die **SPÖ** würde unter Einbeziehung der NichtwählerInnen **22,58 %** der Stimmen erhalten (Ergebnis ohne Einbeziehung der NichtwählerInnen 29,26 %).
- Die **ÖVP** würde auf **20,05 %** kommen (Ergebnis ohne Einbeziehung der NichtwählerInnen 25,98 %).
- Die **FPÖ** würde **13,53 %** erreichen (Ergebnis ohne Einbeziehung der NichtwählerInnen 17,54 %).
- Das **BZÖ** könnte **8,26 %** erringen (Ergebnis ohne Einbeziehung der NichtwählerInnen 10,70 %).
- Die **Grünen** hätten **8,05 %** der wahlberechtigten ÖsterreicherInnen als AnhängerInnen (Ergebnis ohne Einbeziehung der NichtwählerInnen 10,43 %).

Bei den Nationalratswahlen ist die Entwicklung, dass die NichtwählerInnen (inkl. ungültig Wählende) die stimmenstärkste Gruppe sind, noch neu. **Erstmals hätten die NichtwählerInnen die letzten Nationalratswahlen im Jahr 2008 gewonnen:**



2. Wie könnte man demokratiepolitisch auf die Nichtwähler reagieren?

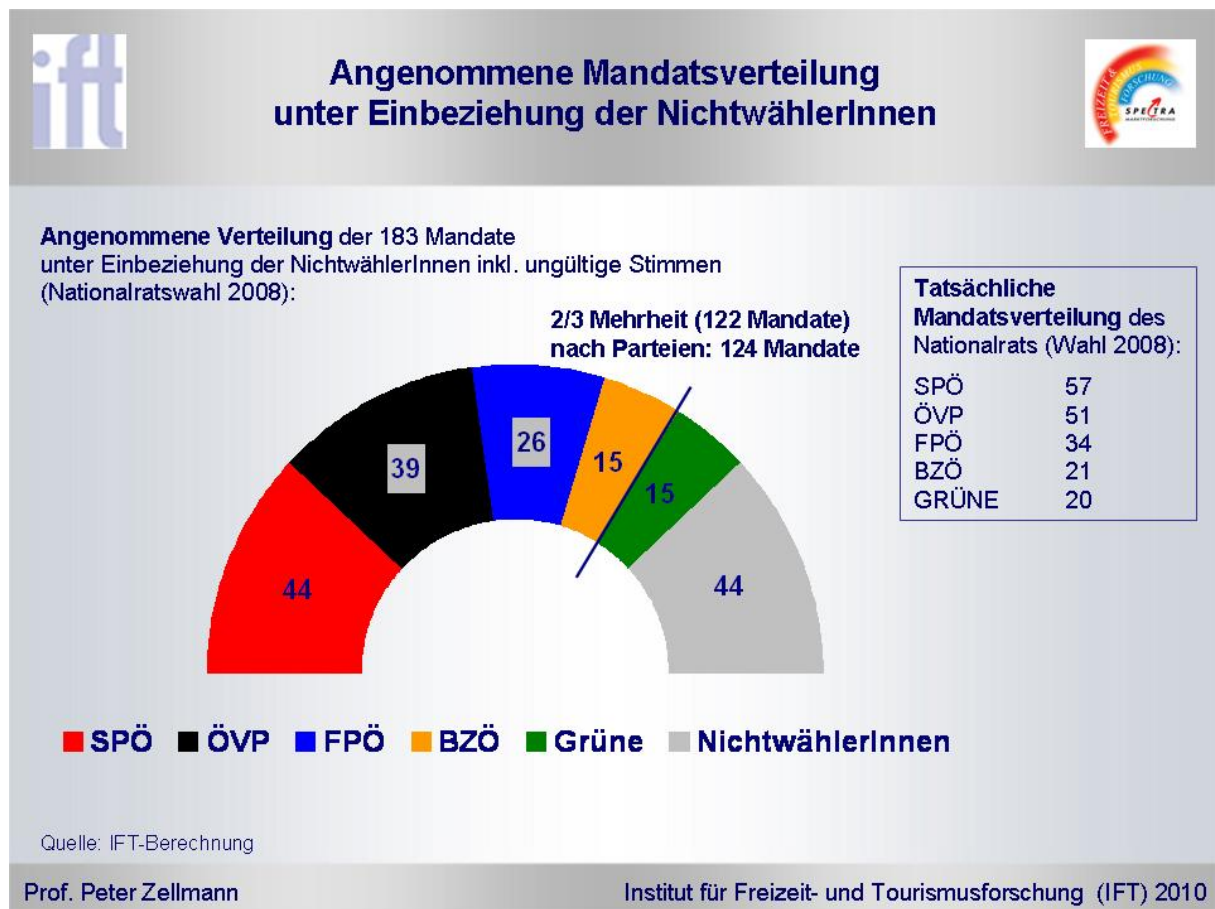
Ein provozierender Denkanstoß, den nach qualitativen Erhebungen etwa 80 % der NichtwählerInnen teilen:

1. Den NichtwählerInnen – insbesondere den ungültig Wählenden – ist das damit verbundene **Ausdrücken eines demokratischen Willens** zuzuschreiben.
2. Wer nicht wählt, **fühlt sich von den gegebenen „Wahl“möglichkeiten nicht vertreten**, will von ihnen u.U. sogar gar nicht vertreten sein:

Diese Plätze in den Abgeordnetenreihen bleiben daher leer oder werden anders vergeben.

Vielleicht veranlasst das manche/n potentielle/n NichtwählerIn doch zur konstruktiven Entscheidung, aktiv an der Wahl teilzunehmen. Es kann allerdings auch das Gegenteil passieren, wovon wir als empirische Sozialforscher übrigens ausgehen. Immer mehr Wahlberechtigte gehen so lange nicht wählen bis die Parteien und Politik wieder stärker die Bedürfnisse der Menschen vertreten. Dies ist ein Befund dafür, **dass sich die Politik ändern muss und nicht die Menschen.**

Die Einbeziehung der NichtwählerInnen in den Nationalrat hätte etwa **folgende angenommene Mandatsverteilung** zur Folge (Annäherung, ohne die genaue Berechnungsmethode zu verwenden):



IFT-Berechnung:

Mandatsverteilung	Nach Stimmenanteil	Verteilung der 7 verbleibenden Mandate	Tatsächliche Mandatsverteilung
SPÖ	42	44	57
ÖVP	37	39	51
FPÖ	25	26	34
BZÖ	15	15	21
GRÜNE	15	15	20
Nichtwähler inkl. Ungültige	42	44	-
Vergebene Mandate	176	183	183

Die wichtigsten Konsequenzen aus dem Freilassen der Parlamentssitze für NichtwählerInnen und ungültig Wählenden:

1. **2/3-Mehrheiten sind im Parlament nur mehr sehr schwer** (auch nicht mehr durch ein Zusammengehen der Großparteien) zu erreichen, was die Einflussmöglichkeiten der Opposition stärken würde.
2. Durch das Beachten dieses negativen Wählerwillens hat das Nichtwählen durch das Freilassen der Parlamentssitze der Nicht- bzw. Ungültig-Wählenden **„wahrnehmbare“ Auswirkungen**. Die Sitze könnten ohne Stimmrecht an NGOs, Interessenvertretungen, Bürgerinitiativen vergeben

werden. Eine interessante Gestaltungsmöglichkeit für eine innovative Änderung der Geschäftsordnung des Nationalrates.

Die erschwerte Bildung von Mehrheiten im Parlament hätte zur Folge, dass die Parteien gezwungen sind, **NichtwählerInnen tatsächlich zu motivieren zur Wahl zu gehen**, um diese Gruppe möglichst klein zu halten. Eine niedrige Wahlbeteiligung hätte tatsächlich negative Konsequenzen für die Arbeit der Parteien und führt daher zur verstärkten Auseinandersetzung mit den Wünschen der Bevölkerung. Die Bedürfnisse der Menschen und die Entscheidungen der Politik könnten so wieder näher zusammenrücken.

Wenn man also die Nichtwählersitze frei lässt (Kostensparnis) oder anders besetzt (NGOs, Interessensvertretungen; ev. ohne Stimmrecht) kann in Zukunft das aktive Teilnehmen an einer Wahl (inhaltliche Auseinandersetzung und Ausübung des Wahlrechts) für die Menschen wieder interessant, wichtig und auch zur verlässlich wahrgenommenen „Bürgerpflicht“ werden. Weil der Wählerwille der Unzufriedenen nicht nur einem rein populistischem „Protestpotenzial“ überlassen wird.

Dass es tatsächlich eine Kluft zwischen den Bedürfnissen der Menschen und der Arbeit der Parteien gibt, soll in weiterer Folge aufgezeigt werden.

3. Mögliche Gründe für eine niedrige Wahlbeteiligung

Gründe, warum immer weniger Menschen wählen gehen, liefert eine Analyse aus dem Jahr 2009¹:

- **64 %** der ÖsterreicherInnen machen die **generelle Unzufriedenheit mit PolitikerInnen und Parteien** für das Nichtwählen verantwortlich (Europa-Schnitt 57%, Deutschland 73 %).
- **61 %** der ÖsterreicherInnen geben an, dass ein Grund für das Nichtwählen sein könnte, dass die BürgerInnen glauben, **durch Wahlversprechen belogen zu werden** (Europa-Schnitt 60 %, Deutschland 68 %).
- **56 %** der ÖsterreicherInnen glauben **nicht, dass sich durch Wahlen etwas verbessert** (Europa-Schnitt 49 %, Deutschland 63 %).
- **53 %** der ÖsterreicherInnen sehen **in PolitikerInnen keine moralischen Vorbilder** mehr (Europa-Schnitt 45 %, Deutschland 61 %).

Generell ist eine gewisse Skepsis gegenüber dem Staat zu festzustellen:

- **35 %** der ÖsterreicherInnen bemängeln die Vielzahl an Gesetzen, Vorschriften und staatlichen Reglementierungen und sind der Meinung, **dass vieles ohne den Staat besser laufen würde** (Europa-Schnitt 36 %, Deutschland 50 %).
- **28 %** der ÖsterreicherInnen glauben, dass **mehr Entscheidungen des Staates** für die BürgerInnen bei unbequemen Themen wie z.B. Tempolimit oder Fast-Food-Ernährung notwendig sind (Europa-Schnitt 27 %, Deutschland 20 %).

¹ Repräsentativbefragung von über 12.000 Befragten ab 14 Jahren aus den EU-Mitgliedstaaten Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Polen und Spanien sowie aus Russland und der Schweiz 2009, BAT Stiftung für Zukunftsfragen

4. Die Politikverdrossenheit ist groß

Politik beeinflusst die Menschen kaum positiv

Bereits 2007 haben wir die ÖsterreicherInnen gefragt, wie die Politik bisher ihr Leben beeinflusst hat – mit einem interessanten Ergebnis (IFT-Forschungstelegramm 03/2007)²:

- Nur **19 %** der ÖsterreicherInnen fühlen sich **positiv** und
- **15 % negativ** von der Politik beeinflusst
- **47 %** sehen **weder positiven noch negativen** Einfluss; (18 % können es nicht sagen).
- **19 %** der **WienerInnen** sind der Meinung, dass die Politik ihr Leben bisher **positiv** beeinflusst hat,
- während **21 %** - der höchste Wert im Bundesländervergleich – einen **negativen** Einfluss wahrnehmen (42 % weder noch; 18 % können es nicht sagen).

Ein Bundesländervergleich zeigt, dass die WienerInnen der Politik besonders negativ begegnen. Die niedrige Wahlbeteiligung in Wien ist Ausdruck dieser Einstellung.

Die schlechte Meinung der ÖsterreicherInnen zur Politik belegt weiters eine Umfrage in der Zeitschrift „Profil“: Auf die Frage, wie die ÖsterreicherInnen die Qualität der PolitikerInnen einschätzen, geben als Antwort³:

- **62 %** der ÖsterreicherInnen, dass die **Qualität schlechter** geworden ist,
- für **24 %** ist sie **gleich** geblieben und
- nur **7 %** können **Verbesserungen** feststellen (7 % keine Angabe).

Auch in Deutschland hat die Politik keinen hohen Stellenwert

Die Ablehnung der Deutschen gegenüber Politik zeigt sich sehr deutlich in einer aktuellen Erhebung⁴:

- **90 %** der Deutschen sind der Meinung, dass **Politiker nicht mehr ehrlich sind und ihre Wahlversprechen meistens nicht halten**.
- **87 %** glauben, dass Parteien **mehr am Machterhalt als am Wohl der BürgerInnen** interessiert sind.
- **78 %** wünschen sich **mehr Volksabstimmungen**.
- **62 %** der Deutschen sind dazu bereit, **sich selbst mehr zu helfen und nicht einfach alle Probleme dem Staat** zu überlassen.

Aus zahlreichen gemeinsamen Befragungen und Analysen mit der BAT Stiftung kann man berechtigt davon ausgehen, dass die Ergebnisse in Österreich in weitgehend ähnlichen Größenordnungen liegen.

² Repräsentativbefragung von 1.041 ÖsterreicherInnen ab 15 Jahren 2007

³ Befragung von 500 ÖsterreicherInnen 2010 (Karmasin)

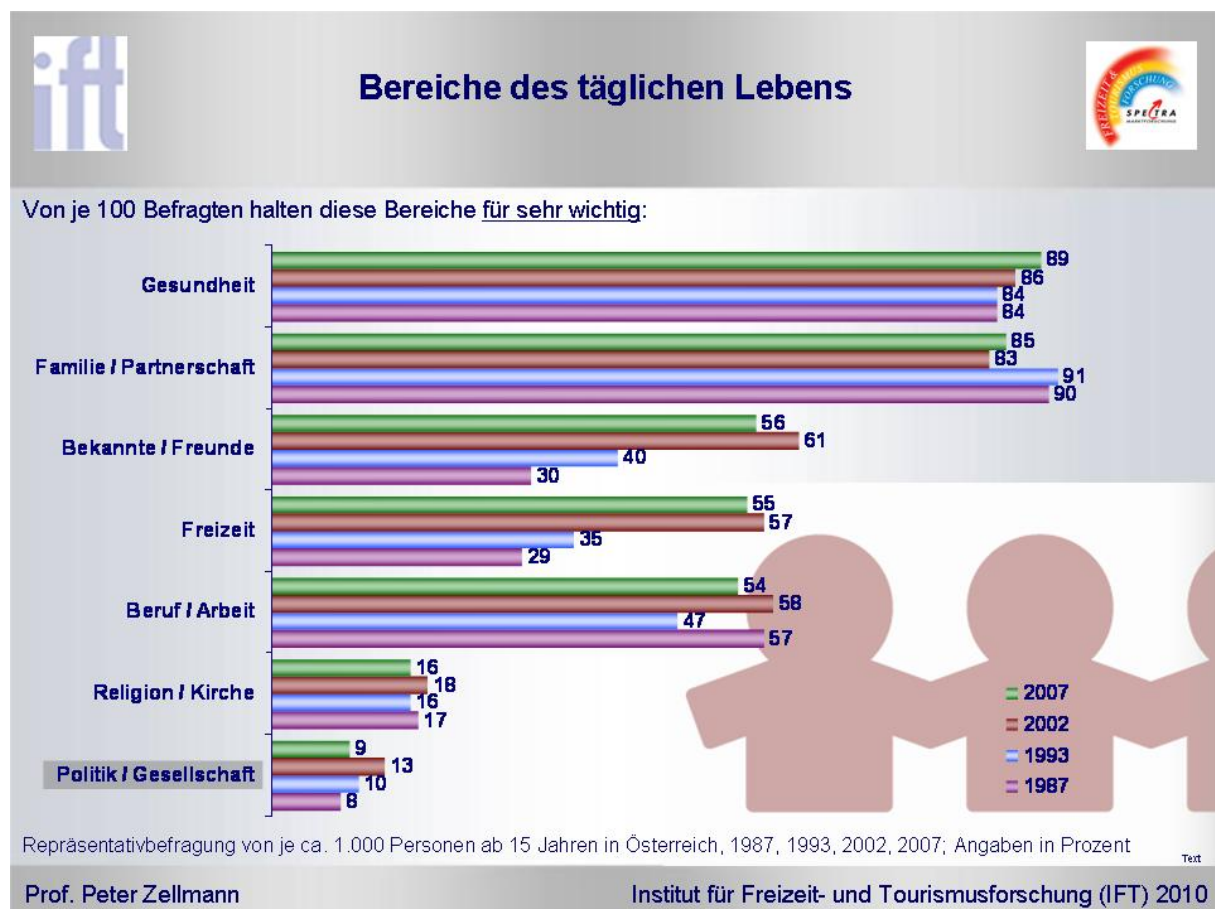
⁴ Repräsentativbefragung von 2.000 Deutschen ab 14 Jahren 2010, BAT Stiftung für Zukunftsfragen

5. Was den Menschen wirklich wichtig ist, das Politikpotential

Die aufgezeigten Daten und Erhebungen zeigen deutlich, dass die Politik nicht jenen Stellenwert bei den Menschen besitzt, der demokratiepolitisch durchaus wünschenswert wäre.

Wenn nun die Handhabung der politischen Fragestellungen den Menschen offensichtlich nicht so wichtig ist, was sind dann jene Themen und Bereiche, welche die ÖsterreicherInnen interessieren und die für ihre Lebensplanung Bedeutung haben?⁵

- **Gesundheit** ist ein Bereich des Lebens, den **89 %** der ÖsterreicherInnen für sehr wichtig halten.
- **Familie und Partnerschaft** ist für **85 %** sehr wichtig.
- **Bekannte und FreundInnen** erachten **56 %** der ÖsterreicherInnen als sehr bedeutend.
- Die **Freizeit** ist für **55 %** von sehr großer Bedeutung.
- **Beruf und Arbeit** sind für **54 %** sehr wichtig.
- **Religion und Kirche** befinden immerhin noch **16 %** der ÖsterreicherInnen für sehr wichtig.
- Weit hinten in der Bedeutung für das Leben der Menschen liegt die Politik: Nur **9 %** halten **Politik und Gesellschaft** für sehr wichtig.



⁵ Repräsentativbefragung von 1.000 ÖsterreicherInnen ab 15 Jahren 2007

Der Jahresvergleich zeigt folgende Entwicklungstendenzen:

- Die Bedeutung von **Politik und Gesellschaft** ist nach einem Anstieg in den 90er Jahren von 2002 auf 2007 **um 31 % gesunken** (Zustimmung 2009: 9 %; 2002: 13 %).
- Die **Freizeit als Lebensbereich (nicht Konsumzeit)** ist für die Menschen so **wichtig** geworden **wie Beruf und Arbeit**.
- **Bekannte und Freunde** haben seit 1987 deutlich **an Bedeutung gewonnen**.
- Der **Stellenwert von Familie und Partnerschaft** befindet sich nach einer Abnahme 2002 **wieder im Steigen**.
- Die Wichtigkeit der **Gesundheit** hat im Jahresverlauf **leicht zugenommen**.

Den hohen Stellenwert der **Familie** im Leben der Menschen bestätigt auch eine aktuelle Befragung⁶:

- **90 % der Deutschen** stimmen der Aussage zu: „Was auch immer auf uns zukommt: **Für mich ist und bleibt die Familie das wichtigste im Leben**“.

6. Trends:

Sinkende Bürgerbeteiligung, mehr Familiensinn und Kommunikation

6.1 Engagement für Bürgerinitiativen, Parteien, Vereine und Kirche sinkt

Neben der geringen Motivation zu wählen und der allgemein geringen Bedeutung der Politik **nimmt** auch das **Engagement** der ÖsterreicherInnen **für Bürgerinitiativen, Parteien, Vereine und Kirche stark ab** (IFT-Forschungstelegramm 03/2009)⁷:

- Nur **2 %** der ÖsterreicherInnen engagieren sich wenigstens mehrmals pro Monat in **Bürgerinitiativen** (- 50 % im Vergleich zu 2008).
- **8 %** sind mindestens mehrmals im Monat in der Kirche, in Vereinen, der Gewerkschaft oder einer Partei **ehrenamtlich tätig** (- 33 % im Vergleich zu 2008).
- Nur 15 % der ÖsterreicherInnen besuchen zumindest mehrmals monatlich den Gottesdienst bzw. die Kirche. **Seit 1996 ist der regelmäßige Besuch von Gottesdiensten bzw. der Kirche kontinuierlich zurückgegangen**: 1996 besuchten noch 23 % der ÖsterreicherInnen mehrmals monatlich die Kirche.

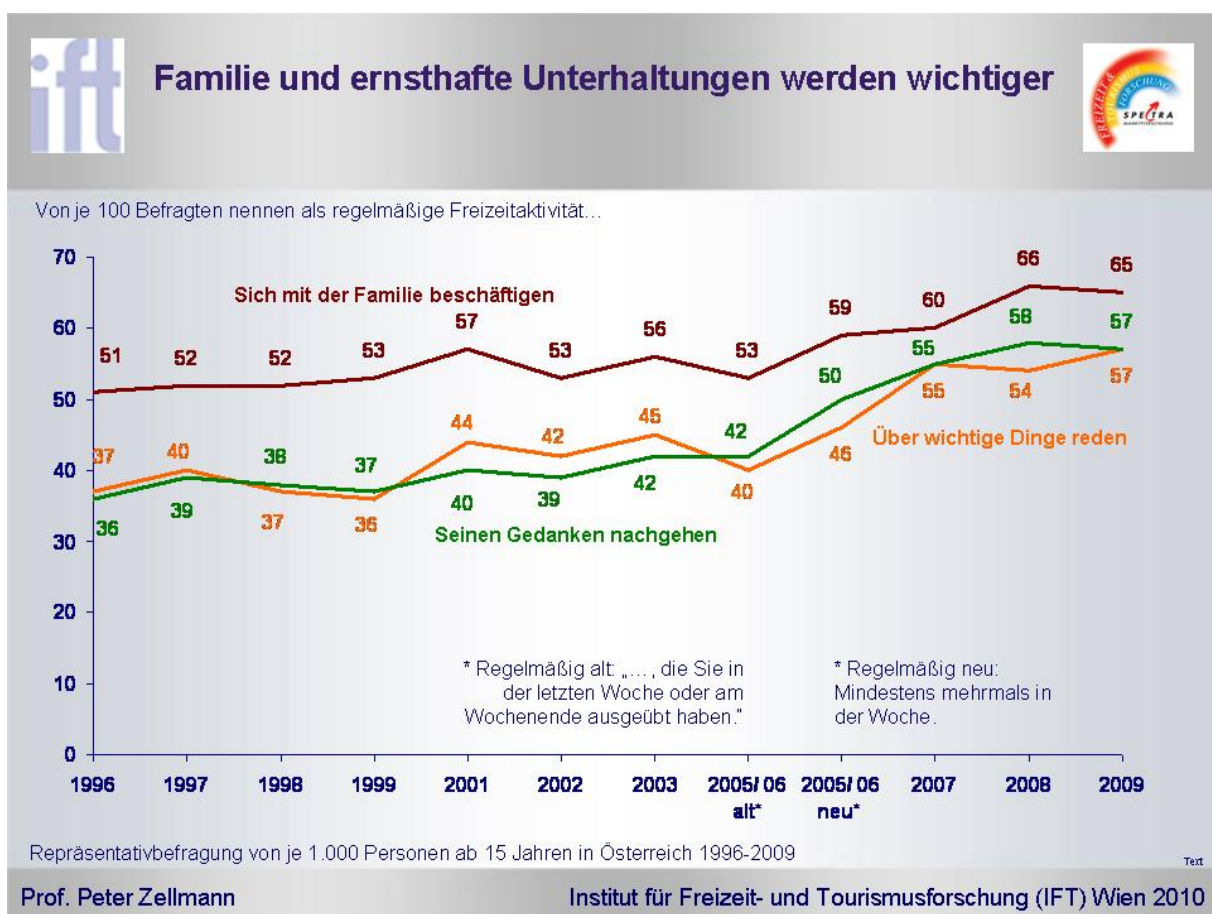
⁶ Repräsentativbefragung von 3.000 Deutschen ab 14 Jahren 2010, BAT Stiftung für Zukunftsfragen

⁷ Repräsentativbefragung von 1.001 ÖsterreicherInnen ab 15 Jahren 2009

6.2 Familie, Gespräche und Nachdenken gewinnen an Bedeutung

Im Gegensatz dazu nehmen in der Gesellschaft der Stellenwert der Familie und ernsthafte Unterhaltungen an Wichtigkeit zu⁸:

- Für **36 %** der ÖsterreicherInnen ist es **1996** mehrmals pro Woche eine Beschäftigung, **seinen Gedanken nachzugehen** – **2009** sind das **57 %** (+ 58 %).
- **37 %** der ÖsterreicherInnen **redeten 1996 mehrmals pro Woche über wichtige Dinge**, während das **heute 57 %** machen (+ 54 %).
- Rund die **Hälfte** der ÖsterreicherInnen hat sich **1996** mehrmals wöchentlich mit der **Familie** beschäftigt. **2009** ist die Beschäftigung mit der Familie bereits für etwa **zwei Drittel** eine wichtige Tätigkeit (+ 27 %) in der Freizeit.



Horst Opaschowski, wissenschaftlicher Leiter der BAT Stiftung für Zukunftsfragen in Hamburg, sieht sogar die **Ablöse des Zeitalter der Ichlinge** gekommen (2010): „Das Zeitalter des Ichlings geht zu Ende: Da wird der Solitär zum Solidär. Und das Für-andere-etwas-Tun wird als neuer sozialer Reichtum empfunden“. Und weiter: „Das ist kalkulierte Hilfsbereitschaft und nicht bloßes Gutmenschentum. Hilfsbereitschaft rechnet sich, ja zahlt sich aus – als soziale Dividende. Das „Ich im Wir“ verbindet und hält die Gesellschaft der Zukunft zusammen“.

- **88 % der Deutschen** stimmen der Aussage zu: „Für **Egoismus** ist in unserer Gesellschaft immer weniger Platz: Wir müssen mehr zusammenhalten“.⁹

⁸ Repräsentativbefragungen von jeweils ca. 1.000 ÖsterreicherInnen ab 15 Jahren 1996-2009

Interessant ist, dass das **mitmenschliche Vertrauen** stark wächst¹⁰:

- **2000** stimmen nur **36 % der Deutschen** der Aussage zu, dass man den Menschen **vertrauen** kann.
- **2010** glauben **56 %** den Menschen vertrauen zu können.
- Das bedeutet einen **Anstieg um über 50 %!**

Auch wenn bei diesen deutschen Befragungsmodellen in der Interpretation vielleicht zu wenig zwischen Wunsch und Wirklichkeit unterschieden wird, eine gesellschaftliche Tendenz und damit zu forcierender Aufgabenbereich für die Politik ist damit allemal nachgewiesen.



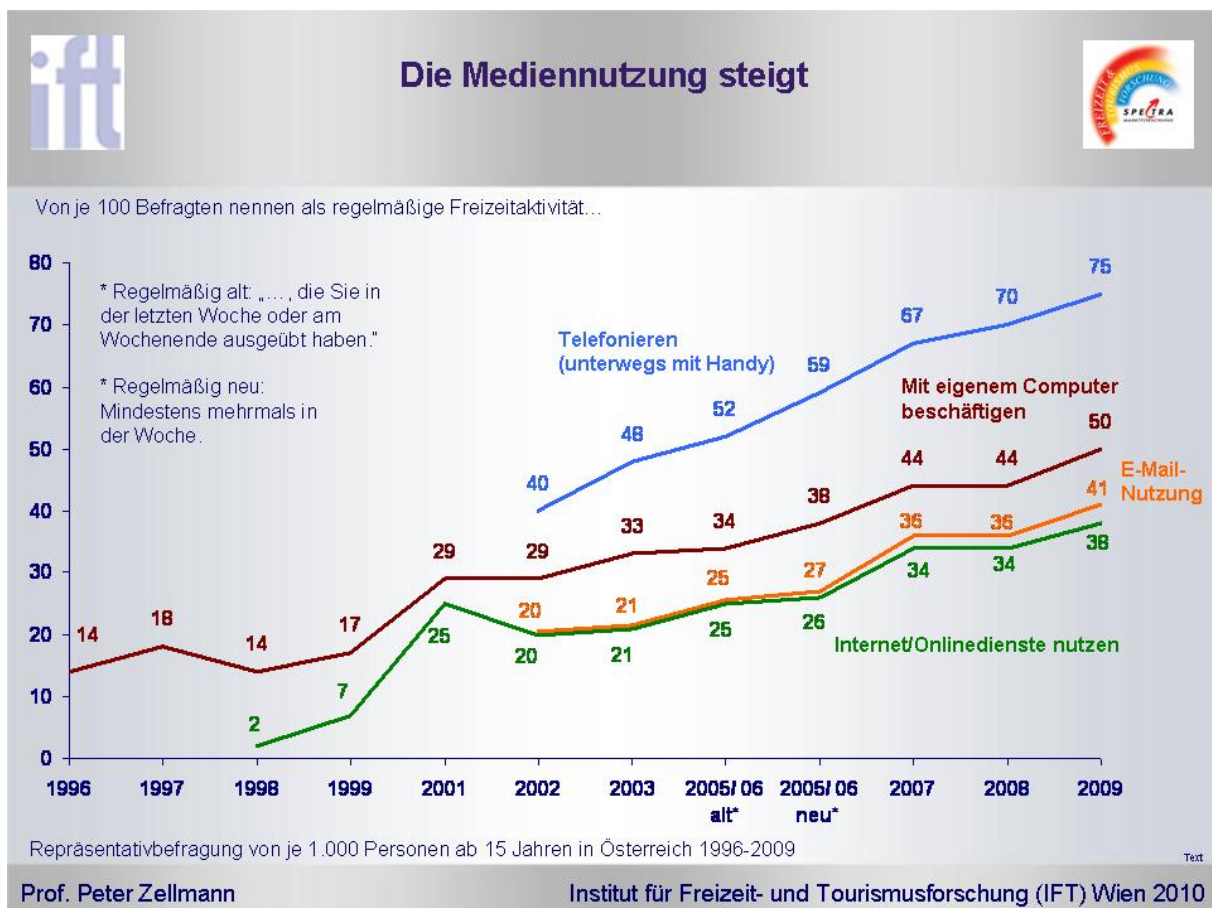
⁹ Repräsentativbefragung von 3.000 Deutschen ab 14 Jahren 2010, BAT Stiftung für Zukunftsfragen

¹⁰ Repräsentativbefragungen von jeweils 2.000 Deutschen ab 14 Jahren 2000, 2002, 2008 und 2010, BAT Stiftung für Zukunftsfragen

6.3 Die Nutzung von Kommunikationsmedien steigt stark

Neben der Zunahme der Beschäftigung mit der Familie, der größeren Bedeutung von Gesprächen bzw. Nachdenken und des mitmenschlichen Vertrauens steigt im Jahresverlauf die **Nutzung von neueren Medien** wie Handy, Computer, E-Mail und Internet deutlich (siehe auch IFT-Forschungstelegamm 10/2010)¹¹:

- Im Jahr **1998** haben nur **2 %** der ÖsterreicherInnen mehrmals in der Woche das **Internet bzw. Onlinedienste** benutzt. Dieser Anteil hat sich bis **2009** kontinuierlich auf **38 %** erhöht.
- **1996** haben sich nur **14 %** der ÖsterreicherInnen in ihrer Freizeit mehrmals wöchentlich mit dem eigenen **Computer** beschäftigt – im Jahr **2009** tut dies bereits die **Hälfte** der ÖsterreicherInnen.
- Doppelt so viele ÖsterreicherInnen schreiben 2009 mehrmals pro Woche **E-Mails** als noch 2002 (2002: **20 %**; 2009: **41 %**).
- Während **2002** nur **40 %** der ÖsterreicherInnen angaben mehrmals in der Woche mit dem **Handy** zu telefonierten, sind es **2009** bereits **75 %** (+ 88 %).



¹¹ Repräsentativbefragungen von jeweils ca. 1.000 ÖsterreicherInnen ab 15 Jahren 1996 - 2009

7. Resümee

Die niedrige Wahlbeteiligung ist Ausdruck des fehlenden Vertrauens der Menschen in die Politik im Gesamten und in die PolitikerInnen im Speziellen. Wenn 90 % der Deutschen – und dieser Wert wird in Österreich vermutlich nicht viel anders sein – finden, dass PolitikerInnen nicht mehr ehrlich sind, dann ist das keine alarmierende Vorwarnung mehr, sondern ein Zeichen dafür, dass sich das Ansehen der Politik in einer ernstzunehmenden Krise befindet.

Es besteht längst Handlungsbedarf. Das zeigt auch der Umstand, dass die NichtwählerInnen erstmals 2008 sogar im Nationalrat die stimmenstärkste „Partei“ stellen würden.

Während das Vertrauen zur Politik und auch der Stellenwert von Politik im Leben der Menschen sehr gering sind, wird die Beschäftigung mit anderen Menschen wichtiger. Das mitmenschliche Vertrauen wächst und insbesondere die Familie, vor allem auch in der Vielfalt ihrer neuen Erscheinungsformen, weist eine große und zunehmende Bedeutung für die Lebenseinstellung der Menschen auf.

Die Möglichkeiten der neuen Medien unterstützen diese Bedürfnisse. Die steigende Mediennutzung kann daher dahingehend interpretiert werden, dass der Kontakt zu anderen Menschen und der Familie durch die Nutzung neuerer Kommunikationsmittel wie Handy oder Internet einfacher geworden ist und damit einem Grundbedürfnis der Menschen entgegengekommen ist.

Die in diesem Forschungstelegramm behandelten Umfrageergebnisse und die niedrige Wahlbeteiligung zeigen, dass die Politik an der Zeitenwende in manchen Bereichen und einem nicht unwesentlichen Ausmaß am Leben der Menschen, an ihren eigentlichen Bedürfnissen vorbeigiert. Auch das institutionalisierte Engagement der Menschen in politiknahen Bereichen wie Bürgerinitiativen, Vereinen und der Kirche befindet sich im Sinken. Im Gegenzug wenden sich die Menschen mehr der eigenen, von ihnen selbst beeinfluss- und gestaltbaren Lebenswelt zu.

Quellen

BAT Stiftung für Zukunftsfragen (2010): Stiftung für Zukunftsfragen veröffentlicht Grundlagenstudie zum Wertewandel in Deutschland; Forschung aktuell Nr. 226

BAT Stiftung für Zukunftsfragen (2009): Misstrauen. Unzufriedenheit. Frustration. Warum immer weniger Bürger zur Wahl gehen; Forschung aktuell Nr. 214

Institut für Freizeit- und Tourismusforschung (2010): Die Freizeitkonjunktur: Wie die ÖsterreicherInnen ihre Freizeit verbringen; Forschungstelegramm 10/2010

Institut für Freizeit- und Tourismusforschung (2009): Freizeitmonitor 2009; Forschungstelegramm 08/2009

Institut für Freizeit- und Tourismusforschung (2007): Einstellung zur Politik in Österreich; Forschungstelegramm 03/2007

Karmasin Motivforschung (2010): Wie schätzen Sie die Qualität der Politiker ein?; Profil 26.7.2010